

STIMMEN FÜR VERÄNDERUNG

Toolkit zu Elternrechten für Menschen mit Lähmungen



CHRISTOPHER & DANA
REEVE FOUNDATION
TODAY'S CARE. TOMORROW'S CURE.®

Dieser Leitfaden wurde auf der Grundlage wissenschaftlicher und fachbezogener Literatur erstellt. Er dient der Aufklärung und sollte nicht als medizinische Diagnose oder Behandlungsempfehlung verstanden werden. Er sollte auch nicht als Rechtsberatung verstanden werden. Bitte konsultieren Sie einen Arzt oder einen entsprechenden Gesundheitsdienstleister oder Rechtsanwalt, wenn Sie Fragen zu Ihrer Situation haben.

Danksagungen:

Verfasst von: Liz Leyden

Christopher & Dana Reeve Foundation

636 Morris Turnpike, Suite 3A

Short Hills, NJ 07078

Telefon: 1-973-379-2690 Tel. (gebührenfrei): 1-800-539-7309

ChristopherReeve.org

© 2025 Christopher & Dana Reeve Foundation

Toolkit zu Elternrechten für Menschen mit Lähmungen

— INHALTSVERZEICHNIS —

- 4** **Fakten zur Elternschaft mit einer Behinderung**
- 6** **Einführung**
- 7** **Behindertenrecht**
- 10** **Kinderschutzsystem**
- 11** **Im Fokus: Robyn Powell**
- 13** **Kinderschutz und die Gemeinschaft der amerikanischen Ureinwohner**
- 14** **Reproduktive Gesundheitsversorgung**
- 16** **Sorgerecht, Umgangsrecht und das Familienrechtssystem**
- 18** **Im Fokus: Kaney O'Neill**
- 19** **Adoption und Pflegekinderwesen**
- 20** **Staatliches Recht – Aussichtsreiche Praktiken**
- 22** **Rechtliche Ressourcen**
- 24** **Aufbau von gemeinschaftlichen Unterstützungsnetzwerken**
- 25** **Aktiv werden – So können Sie sich für Veränderungen in Ihrem Bundesstaat einsetzen**
- 27** **Ressourcen und Danksagungen**

Fakten zur Elternschaft mit einer Behinderung

In den USA leben

4,1 Millionen

Eltern mit Behinderungen.



**JEDES
ZEHNTE
KIND**

hat einen
Elternteil, der eine
Behinderung hat



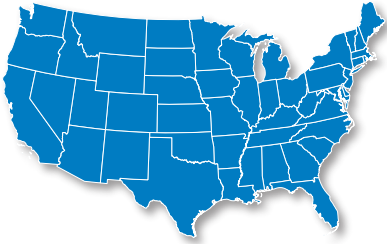
In 42

Bundesstaaten gilt eine
Behinderung als möglicher
Grund für den Entzug der
elterlichen Rechte





Zwei Drittel der Sorgerechtsgesetze erlauben es dem Gericht, einen Elternteil aufgrund einer Behinderung für ungeeignet zu erklären.



In allen Bundesstaaten

darf die Behinderung eines Elternteils bei der Beurteilung des Kindeswohls berücksichtigt werden

5.4 Millionen

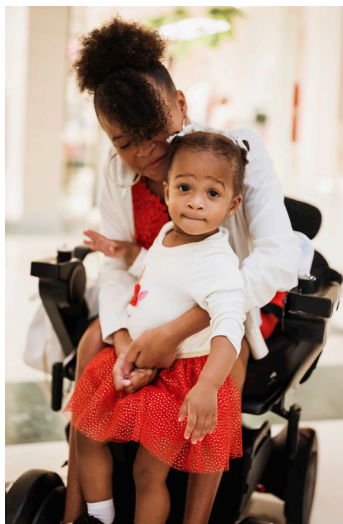
Amerikaner leben mit Lähmungen aufgrund von:

- Schlaganfall
- Multiple Sklerose
- Rückenmarksverletzung
- Schädel-Hirn-Trauma
- Neurofibromatose
- Zerebralparese
- Post-Polio-Syndrom
- Sonstiges



DC, GA, KS, LA, MD, MS, ND, NM, OH, OK, und WI

lassen eine körperliche Behinderung als alleinigen Grund für den Entzug der elterlichen Rechte zu, auch ohne Nachweis von Misshandlung oder Vernachlässigung.



In den Vereinigten Staaten ziehen mehr als 4 Millionen Eltern mit Behinderungen Kinder unter 18 Jahren groß. Wie die meisten Mütter und Väter sind sie mit den alltäglichen Dingen des Lebens beschäftigt: erste Schritte und Fußballspiele, aufgeschürfte Knie und Abschlussbälle, Lachen, Tränen und Triumphe. Das Leben mit einer Behinderung verändert den Tagesablauf, aber nicht die Fähigkeit, seine Kinder zu lieben und für sie zu sorgen.

Obwohl die Bürgerrechtsgesetzgebung in den vergangenen Jahrzehnten erhebliche Fortschritte gemacht hat, sind Eltern mit Behinderungen in ihren Bestrebungen, eine Familie zu gründen und zusammenzuhalten, weiterhin weitreichender Diskriminierung ausgesetzt. Beispielsweise stoßen sie auf Hindernisse beim Zugang zu reproduktiver Gesundheitsversorgung wie künstlicher Befruchtung. Sie werden häufiger wegen Misshandlung angezeigt als andere Eltern und verlieren in Scheidungsverfahren eher das Sorgerecht für ihre Kinder. Und sie laufen eher Gefahr, ihre elterlichen Rechte dauerhaft zu verlieren.

Im Jahr 2012 dokumentierte ein bahnbrechender Bericht des National Council on Disability diese Diskriminierung und löste eine nationale Debatte aus. Behindertenvertreter im ganzen Land nutzten die Berichterstattung in den Medien, um neue rechtliche Unterstützungsmaßnahmen für Familien einzufordern. Das Department of Justice und das Department of Health and Human Services haben neue Maßnahmen zur Verhinderung diskriminierender Praktiken und zur Ahndung von Verstößen eingeleitet. In vielen US-Bundesstaaten wurden nach und nach Gesetze verabschiedet, die die Rechte der Eltern stärkten.

Leider müssen zu viele Familien weiterhin mit Hindernissen und Vorurteilen kämpfen. Daher ist es für Eltern und werdende Eltern mit Behinderungen von entscheidender Bedeutung, sich ihrer Rechte bewusst zu sein.

Diese Broschüre soll einen Überblick darüber geben, wie Behindertengesetze auf Familien anzuwenden sind, und geht dabei insbesondere auf

das Kinderschutzsystem, Fragen der Adoption und des Sorgerechts sowie Rechte im Bereich der reproduktiven Gesundheitsversorgung ein. Das Verständnis dieser Gesetze hilft Eltern mit Behinderungen nicht nur dabei, ihre Wunschfamilie zu gründen, sondern schützt auch ihr grundlegendes Recht, die eigenen Kinder großzuziehen und zu versorgen.

BEHINDERTENRECHT

In den letzten fünfzig Jahren haben zwei bahnbrechende Bundesgesetze das Leben von Menschen mit Behinderungen verändert.

Der Rehabilitation Act von 1973 verbot allen Bundesbehörden sowie allen Programmen und Aktivitäten, die mit Bundesmitteln finanziert werden, Menschen mit Behinderungen zu diskriminieren. Der 1990 verabschiedete Americans with Disabilities Act (ADA) weitete diesen Schutz aus, indem er dieses Verbot auch auf bundesstaatliche und lokale Regierungsaktivitäten anwendete.

Die weitreichenden Veränderungen, die durch die Gesetzgebung herbeigeführt wurden – von Bordsteinabsenkungen und barrierefreien Bussen bis hin zu Zugangsrampen und Arbeitsplatzanpassungen – trugen dazu bei, Barrieren zu beseitigen, die Menschen mit Behinderungen einst daran hinderten, ein unabhängiges und erfülltes Leben zu führen.

Diese Gesetze gelten für öffentliche und private Adoptionsagenturen, Einrichtungen der reproduktiven Gesundheitsversorgung und das Kinderschutzsystem (einschließlich Jugendämter und Familiengerichte) und bieten auch einen Rahmen zum Schutz der Rechte von Eltern mit Behinderungen und ihren Familien.

Gemäß Titel II des ADA müssen alle öffentlichen Einrichtungen, einschließlich Gerichte und Sozialämter, folgende Bedingungen erfüllen:

- Gewährleistung eines gleichberechtigten Zugangs zu Programmen, Dienstleistungen oder Aktivitäten und Durchführung angemessener Änderungen an Richtlinien, Praktiken oder Verfahren.
- Bereitstellung von Hilfsmitteln und Dienstleistungen, wenn dies zur Gewährleistung einer effektiven Kommunikation erforderlich ist
- Verhinderung der Vorenthaltung von Programmleistungen, Aktivitäten und Dienstleistungen infolge mangelnder Zugänglichkeit. Dienstleistungen, Programme und Aktivitäten müssen für Menschen mit Behinderungen leicht zugänglich und nutzbar sein.

Gemäß Titel III des ADA müssen private Einrichtungen, darunter Anwaltskanzleien, private Adoptionsagenturen und Sachverständige zur Erziehungs- und Sorgerechtsbegutachtung folgende Bedingungen erfüllen:

- Umsetzung angemessener Maßnahmen, um sicherzustellen, dass Menschen mit Behinderungen Zugang zu ihren Waren, Dienstleistungen, Einrichtungen, Privilegien, Vorteilen oder Vorkehrungen haben;
- Gewährleistung, dass keine Person mit einer Behinderung aufgrund fehlender Hilfsmittel und Dienstleistungen ausgeschlossen, benachteiligt, ausgegrenzt oder anderweitig unterschiedlich behandelt wird

Abschnitt 504 des Rehab Act verbietet jede Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen in Kinderschutzbehörden und -programmen, die staatlich finanziert werden – dazu zählen auch nichtstaatliche Stellen wie beauftragte Gutachter im Kinderschutz oder private Adoptionsagenturen.

Seit ihrer Verabschiedung wurden sowohl der ADA als auch der Rehab Act umfassend aktualisiert, um speziell die Diskriminierung und Barrieren anzugehen, mit denen Eltern mit Behinderungen konfrontiert sind.

Im August 2015 veröffentlichten das US Department of Health and Human Services (HHS) und das Department of Justice (DOJ) neue technische Hilfsmaßnahmen, um den Bundesstaaten dabei zu helfen, das Wohlergehen von Kindern zu schützen, ohne die Bürgerrechte von Eltern und potenziellen Eltern mit Behinderungen zu verletzen. Die neuen Leitlinien beschreiben die Anforderungen von Titel II des ADA und Abschnitt 504 des Rehabilitation Act sowie deren spezifische Anwendung auf das Kinderschutzsystem und die Familiengerichte. Darüber hinaus fordern sie, dass Eltern mit Behinderungen die gleichen Möglichkeiten erhalten, Programme, Dienstleistungen und Aktivitäten in Anspruch zu nehmen und davon zu profitieren, wie Eltern ohne Behinderungen.

Als wichtigsten Punkt betonen die Leitlinien, dass alle Behörden Eltern mit Behinderungen eine „individuelle Behandlung“ und „uneingeschränkte und gleiche Chancen“ bieten müssen. In der Praxis bedeutet dies, dass Probleme von Fall zu Fall auf Basis von Fakten geprüft werden, die durch eine individuelle Beurteilung ermittelt wurden – und nicht auf falschen

Annahmen oder Stereotypen, dass Menschen mit Behinderungen nicht in der Lage sind, Eltern zu sein.

Im Jahr 2024 erließ das Department of Health and Human Services, Office for Civil Rights eine endgültige Regelung zu Abschnitt 504 des Rehabilitation Act, die detaillierte neue Anforderungen an Kinderschutzprogramme und -aktivitäten enthält, um eine Diskriminierung von Eltern mit Behinderungen ausdrücklich zu verhindern. Die an den Wortlaut von Titel II des ADA angelehnten Aktualisierungen fordern, dass ausschließlich qualifizierte Fachkräfte die Erziehungsfähigkeit eines Elternteils bewerten dürfen und dass eine solche Bewertung auf Beweisen oder Forschungsergebnissen beruhen muss. Dabei gilt insbesondere, dass eine solche vorurteilsfreie Bewertung die Erziehungsfähigkeiten und nicht die Behinderung eines Elternteils beurteilen muss. Darüber hinaus müssen Kinderschutz- und Jugendhilfedienste Überweisungsverfahren für Personen einrichten, die angemessene Anpassungen bei Erziehungsdienstleistungen oder andere notwendige Ressourcen benötigen oder vermutlich benötigen. Solche Dienste müssen außerdem sicherstellen, dass Tests, Beurteilungen und andere Bewertungsmaterialien darauf zugeschnitten sind, bestimmte Bereiche behinderungsbedingter Bedürfnisse zu identifizieren und zu bewerten.



KINDERSCHUTZSYSTEM

Das Kinderschutzsystem bezieht sich allgemein auf eine Reihe von Dienstleistungen, die die Sicherheit, Beständigkeit und das Wohlergehen von Kindern und Familien fördern sollen. Dieses System – zu dem Jugendämter, Familiengerichte und private Kinderschutzorganisationen gehören – wurde eingerichtet, um auf Vorwürfe oder Bedenken hinsichtlich der Sicherheit von Kindern zu reagieren, und wird in der Regel bei Fällen von Misshandlung oder Vernachlässigung aktiv.

Eltern mit Behinderungen kommen häufiger mit dem Kinderschutzsystem in Berührung als Eltern ohne Behinderung. Oft geraten Familien mit behinderten Eltern auch dann ins Visier der Behörden, wenn eine Meldung über Misshandlung oder Vernachlässigung nicht auf tatsächlichen Beweisen beruht. In solchen Fällen liegt die falsche Annahme zugrunde, dass ein Elternteil mit Behinderung nicht in der Lage ist, ein Kind zu versorgen.

Beispielsweise könnte eine Krankenschwester eine Mutter mit Tetraplegie unmittelbar nach der Geburt an das Jugendamt melden, weil sie fälschlicherweise davon ausgeht, dass die Mutter sich aufgrund ihrer Lähmung nicht um das Kind kümmern kann.



Kinderschutzsysteme unterliegen zwar der Kontrolle der Bundesstaaten und Kommunen, müssen aber die Anforderungen des Rehabilitation Act und des ADA erfüllen, da sie auch Bundesmittel erhalten. Nach diesen Gesetzen dürfen diese Systeme Menschen mit Behinderungen nicht benachteiligen und müssen zugleich angemessene Unterstützung für Eltern mit Behinderungen bereitstellen.

Das bedeutet, dass die Beurteilung der

Erziehungskompetenzen nicht auf Stereotypen über Behinderungen basieren darf, sondern individuell und auf der Grundlage von Fakten und Beweisen erfolgen muss.

Darüber hinaus müssen alle Dienstleistungen und Verfahren einen gleichberechtigten Zugang für Eltern mit Behinderungen bieten. Beispielsweise müssen obligatorische Elternkompetenzkurse an einem Ort stattfinden, der für Rollstuhlfahrer zugänglich ist; wenn das Baden eines Kindes zu den vermittelten Fertigkeiten gehört, müssen adaptive Hilfsmittel für Eltern mit Lähmungen bereitgestellt werden. In Gerichtsgebäuden oder staatlichen Einrichtungen, in denen Haustiere verboten sind, müssen Assistenztiere zugelassen sein. Wenn eine Person mit eingeschränkter Feinmotorik Hilfe beim Schreiben benötigt, muss eine Schreibkraft bereitgestellt werden. Für Eltern mit einer Behinderung muss der Transport zu obligatorischen Anhörungen organisiert werden, wenn dies die Wiederzusammenführung mit dem Kind unterstützt.

Trotz der Vorgaben der Bundesgesetzgebung zu den Bürgerrechten von Menschen mit Behinderungen führen die Bundesstaaten weiterhin Behinderungen als Grund für den Entzug der elterlichen Rechte an. Dies hat zur Folge, dass Menschen mit Behinderungen im Kinderschutzsystem weiterhin systematischer Diskriminierung ausgesetzt sind; und für Eltern nicht-weißer Hautfarbe ist das Diskriminierungsrisiko noch größer.

Mit Stand 2024 führten der District of Columbia und zehn Bundesstaaten – Georgia, Kansas, Maryland, Mississippi, New Mexico, North Dakota, Ohio, Oklahoma, Louisiana und Wisconsin – körperliche Behinderung als Grund für die Entziehung der elterlichen Rechte auf.

IM FOKUS:

ROBYN POWELL



Als junge Anwältin beim National Council on Disability (NCD) wurde Robyn Powell damit beauftragt, die Herausforderungen zu untersuchen, denen Eltern mit Behinderungen gegenüberstehen.

Dieser Auftrag beschäftigte sie in zunehmendem Maße. Im Rahmen der Untersuchung von Gerichtsfällen und der Befragung von Eltern im ganzen Land stellte Powell fest, dass Eltern mit Behinderungen häufiger wegen Misshandlung angezeigt wurden als Eltern ohne Behinderung, dass ihre Kinder häufiger in Pflegefamilien untergebracht wurden und dass sie in Scheidungsverfahren häufiger das Sorgerecht verloren.

„Die vielfältigen Probleme, mit denen diese Menschen bei der Elternschaft konfrontiert waren, haben mich einfach schockiert“, sagt sie. „Es war wie eine Zwiebel. Jedes Mal, wenn ich eine Schicht ablöste, fand ich eine weitere Schicht.“

Mit Hilfe ihrer Kollegen dokumentierte Powell die weit verbreitete Diskriminierung in „Rocking the Cradle; Ensuring the Rights of Parents with Disabilities and Their Families“, einem bahnbrechenden 445-seitigen Bericht, der eine nationale Debatte auslöste.

Nach der Veröffentlichung dieses Berichts im Jahr 2012 verabschiedeten das Department of Justice und das Department of Health and Human Services neue Richtlinien, um diskriminierende Praktiken zu verhindern und Verstöße zu ahnden. Die staatlichen Gesetzgebungen begannen damit, Gesetze zur Stärkung der Rechte von Eltern mit Behinderungen zu verabschieden. Und Powell, heute Professorin am Stetson University College of Law, entdeckte einen neuen Lebenssinn.

„Mir wurde klar, dass diese Sache ein Problem ist und dass ich vielleicht etwas dagegen tun kann“, sagt sie.

In den letzten zehn Jahren hat Powell Tausende von Kinderschutzfachkräften, Richter und Anwälte in der Anwendung der ADA-Gesetze geschult. Sie gründete das **Disabled Parenting Project**, eine Online-Community für Eltern und werdende Eltern mit Behinderungen. Und als Forscherin für das **National Research Center for Parents with Disabilities** verfolgt sie weiterhin die Diskriminierung, der Familien ausgesetzt sind.

„Meine Forschung hat zwei Schwerpunkte“, sagt sie. „Zum einen geht es darum, die Probleme zu identifizieren. Zum anderen sollen Lösungen angeboten werden.“

Powells Leidenschaft für ihre Arbeit ist sowohl beruflicher als auch persönlicher Natur: Sie wurde mit Arthrogrypose geboren, einer Erkrankung, die Muskeln und Gelenke beeinträchtigt.

„Ich habe eine einzigartige Perspektive auf dieses Thema“, sagt sie und fügt hinzu: „Ich bin Anwältin. Ich habe einen Dokortitel und bin in der Forschung tätig. Und ich bin eine Frau mit einer Behinderung, daher habe ich ein persönliches Interesse daran.“

Powell, die zuletzt untersucht hat, wie der Einsatz von Algorithmen durch Kinderschutzdienste Eltern mit Behinderungen ungerechtfertigt benachteiligt, ist entschlossen, diese Themen weiterhin in der Öffentlichkeit anzusprechen. Aber sie strebt auch danach, diese Arbeit eines Tages nicht mehr machen zu müssen.

„Ich hoffe, dass ich mich selbst in die Pensionierung befördere“, sagt sie. „Ich wünsche mir, dass wir diese Probleme lösen können und es nichts mehr für mich zu tun gibt.“

KINDERSCHUTZ UND DIE GEMEINSCHAFT DER AMERIKANISCHEN UREINWOHNER

Bevor der amerikanische Kongress 1978 das Gesetz zum Schutz von Kindern von Ureinwohnern (Indian Child Welfare Act, ICWA) verabschiedete, wurden schätzungsweise 25 bis 35 Prozent der Kinder von amerikanischen Ureinwohnern von staatlichen Kinderschutzdiensten und privaten Adoptionsagenturen aus ihren Familien und Gemeinden gerissen. Das Bundesgesetz wurde erlassen, um die historisch unverhältnismäßigen Entziehungspraktiken zu beenden und die Rechte und Kultur der Kinder und Familien der amerikanischen Ureinwohner zu schützen.

Die vom ICWA festgelegten Bundesstandards gelten sowohl für Kinderschutzdienste als auch für Sorgerechtsfälle und stellen die folgenden Anforderungen an Sachbearbeiter:

- Aktive Bemühungen zur Erhaltung oder Wiederausammenführung von Familien, z. B. durch Unterstützung der Eltern bei der Suche nach bzw. dem Zugang zu Wohnraum, finanziellen Mitteln, Transportmöglichkeiten, psychologischen Hilfsangeboten, Angeboten zur Suchtbekämpfung und Selbsthilfegruppen.
- Im Falle eines Entzugs sollte die Unterbringung bei indigenen Familien Vorrang haben, um die Stammesidentität des Kindes zu bewahren.
- Benachrichtigung der Eltern und des Stammes über das Sorgerechtsverfahren des Kindes.
- Eine aktive Einbeziehung der Eltern und des Stammes des Kindes in das Verfahren; hierzu können Maßnahmen wie die Unterstützung beim Zugang zu Förder- und Rehabilitationsleistungen des Stammes sowie die Einbindung von Stammesvertretern zur Begleitung und Unterstützung der Familie zählen.

Trotz des doppelten Schutzes durch den ADA und den ICWA sind Eltern mit Behinderungen aus Stämmen der amerikanischen Ureinwohner weiterhin überproportional in Kinderschutzfällen vertreten.

Die National Indian Child Welfare Association bietet Familien umfassende Tipps, wie sie sich auf einen Besuch vom Jugendamt vorbereiten können, was zu tun ist, wenn ihr Kind aus der Familie genommen wurde, und wie sie einen Rechtsbeistand finden können.

Weitere Informationen finden Sie auf der Website unter <https://www.nicwa.org/child-welfare-resources>.

Rechtsberatung, Empfehlungen und zusätzliche Ressourcen sind beim Native American Disability Law Center erhältlich. Weitere Informationen finden Sie auf der Website unter <https://www.nativeabilitylaw.org/contact-us>.

REPRODUKTIVE GESUNDHEITSVERSORGUNG



Bereits bei dem Versuch, ein Kind zu bekommen, sind die Rechte von Eltern mit Behinderungen durch Bundesgesetze geschützt. Sollte es Ihnen aufgrund von Fruchtbarkeitsproblemen nicht gelingen, schwanger zu werden, haben Sie Anspruch auf unterstützende Reproduktionstechniken wie In-vitro-Fertilisation, intrauterine Insemination oder Leihmutterchaft. Ärzte, die diese Behandlungen anbieten, müssen die

ADA-Richtlinien befolgen und, wenn sie staatlich gefördert werden, auch die Vorschriften des Rehab Act einhalten. Ebenso gelten der ADA und der Rehab Act sowohl für öffentliche als auch für private Adoptionsagenturen und verbieten ausdrücklich die Diskriminierung von potenziellen Adoptiveltern mit Behinderungen.

Gesundheitseinrichtungen und -dienstleistungen, einschließlich Anbieter von Dienstleistungen im Bereich der reproduktiven Gesundheit, dürfen gemäß dem 2010 erlassenen Affordable Care Act Patienten nicht aufgrund ihrer Behinderung diskriminieren.

Titel III des ADA verbietet es, Menschen mit Behinderungen durch Verweigerung des Zugangs zu Waren und Dienstleistungen zu diskriminieren. Demzufolge müssen Anbieter von Dienstleistungen im Bereich der reproduktiven Gesundheit folgende Anforderungen erfüllen:

- Vermeidung von Zulassungskriterien, die Menschen mit Behinderungen ausschließen.
- Umsetzung angemessener Maßnahmen, um sicherzustellen, dass Menschen mit Behinderungen Zugang zu Waren, Dienstleistungen, Einrichtungen, Privilegien, Vorteilen oder Vorkehrungen haben; beispielsweise die Zulassung von Assistenzhunden in Arztpraxen.
- Gewährleistung, dass keine Person mit einer Behinderung aufgrund fehlender Hilfsmittel und Dienstleistungen ausgeschlossen, benachteiligt, ausgegrenzt oder anderweitig unterschiedlich behandelt wird; zur Entlastung von Personen mit eingeschränkter Handbeweglichkeit können Anmeldeformulare elektronisch angeboten werden, um die Nutzung assistiver Technologien wie Sprach-zu-Text-Software zu ermöglichen.
- Beseitigung architektonischer Barrieren, beispielsweise durch den Umbau enger Warteräume und die Verbreiterung von Toilettenkabinen.
- Bereitstellung von Waren oder Dienstleistungen durch alternative Methoden, z. B. Verlegung relevanter Verfahren oder Termine in barrierefreie Bereiche der Einrichtung.

Eltern mit Behinderungen, die eine Familie gründen möchten, sehen sich nach wie vor mit Herausforderungen konfrontiert – sowohl durch gesellschaftliche Einstellungen als auch durch finanzielle Barrieren. Laut einer vom National Council on Disabilities zitierten Studie diskriminieren viele Fruchtbarkeitspezialisten regelmäßig aufgrund des Familienstands, der sexuellen Orientierung, der genetischen Vorgeschichte, des HIV-Status, der psychologischen Diagnose, des Bildungsniveaus sowie körperlicher oder kognitiver Behinderungen. Darüber hinaus decken die staatlichen Krankenversicherungsprogramme Medicare und Medicaid, über die viele Menschen mit Behinderungen krankenversichert sind, keine Fruchtbarkeitsbehandlungen ab. In einigen Bundesstaaten bieten Medicaid-Versicherungen verschiedene diagnostische Leistungen im Bereich Unfruchtbarkeit an (von Labortests über Arztbesuche bis hin zu bildgebenden Verfahren), und New York bietet eine begrenzte Kostenübernahme für Fruchtbarkeitsmedikamente.

Durch den Austausch erfolgreicher Erfahrungen mit der Elternschaft trotz Behinderung und die gemeinsame Sensibilisierung für diskriminierende Praktiken können politische Maßnahmen geschaffen werden, die alle Familien unterstützen. Weitere Ideen, wie Sie sich engagieren können, finden Sie im Abschnitt „Für Veränderungen eintreten“ auf Seite 24.

SORGERECHT, UMGANGSRECHT UND DAS FAMILIENRECHTSSYSTEM

Der Rehabilitation Act und Titel II des ADA gelten für das Familiengerichtssystem ebenso wie für alle lokalen und staatlichen Behörden. Familiengerichte müssen folgende Anforderungen erfüllen:

- Gewährleistung eines gleichberechtigten Zugangs zu Programmen, Dienstleistungen oder Aktivitäten und Durchführung angemessener Änderungen an Richtlinien, Praktiken oder Verfahren. Beispiele hierfür sind das Anbieten einer virtuellen Option für eine Anhörung, wenn das Gerichtsgebäude für am Verfahren beteiligte Rollstuhlfahrer nicht zugänglich ist, oder die Anberaumung von Terminen unter Berücksichtigung der Fahrpläne der lokalen Paratransit-Dienste.
- Bereitstellung von Hilfsmitteln und Dienstleistungen, wie z. B. Sprach-zu-Text-Tools, wenn dies zur Gewährleistung einer effektiven Kommunikation erforderlich ist.
- Gewährleistung, dass alle Dienstleistungen, Programme und Aktivitäten für Menschen mit Behinderungen leicht zugänglich und nutzbar sind; beispielsweise kann der Ort, an dem Elternkurse stattfinden, verlegt werden, um Rollstuhlfahrern den Zugang zu ermöglichen.

Anders als in Kinderschutzfällen, die die elterliche Eignung und den Entzug des Sorgerechts betreffen, schreiten Familiengerichte ein, wenn Eltern keine Einigung über das Sorgerecht oder das Umgangsrecht erzielen können. Bei der Entscheidung über das Sorgerecht für Kinder legen Familiengerichte den Grundsatz des „Kindeswohls“ zugrunde.

Ein Grundsatzurteil aus dem Jahr 1979 trug dazu bei, einen Präzedenzfall für die Rechte von Eltern mit Behinderungen zu schaffen. Im Fall *In re Marriage of Carney*, verlor ein Vater das Sorgerecht für seine Kinder, nachdem er sich während seines Dienstes in der Militärreserve eine Rückenmarksverletzung zugezogen hatte. Das erstinstanzliche Gericht stellte in seiner Entscheidung fest, dass seine Beziehung zu seinen Kindern aufgrund seiner Behinderung nicht „normal“ sein würde.



Die Entscheidung wurde vom Obersten Gerichtshof Kaliforniens aufgehoben, der das ursprüngliche Urteil dafür kritisierte, den Vater stereotypisch „als eine Person dargestellt zu haben, die allein aufgrund ihrer körperlichen Behinderung für immer als unfähig angesehen wird, ein guter Elternteil zu sein. Wie die meisten Stereotypen ist dieses sowohl falsch als auch herabwürdigend.“

Obwohl im Fall Carney entschieden wurde, dass die Behinderung eines Elternteils in Sorgerechtsfällen keine Rolle spielen sollte, wird dies nicht immer durchgesetzt; auch Jahrzehnte nach dem Urteil sind Vorurteile in Familiengerichten nach wie vor ein Problem. Untersuchungen des NCD zeigen, dass Eltern mit Behinderungen nach einer Scheidung häufiger das Sorgerecht für ihre Kinder verlieren, und dass 13 Prozent der Eltern mit körperlichen Behinderungen in Sorgerechtsfällen Diskriminierung erfahren.

Alle Bundesstaaten wenden bei der Festlegung des Sorgerechts den Grundsatz des „Kindeswohls“ an. Jedoch legen die einzelnen Bundesstaaten unterschiedliche Maßstäbe dafür an, was dem Kindeswohl entspricht, und die meisten von ihnen verfügen noch nicht über gesetzliche Regelungen, die Eltern mit Behinderungen in

Bezug auf Sorgerecht oder Umgangsrecht ausdrücklich schützen. Auch wenn viele Familiengerichte weiterhin Eltern mit Behinderungen diskriminieren, gab es seit dem Carney-Urteil Fortschritte: Bundesstaaten wie Kalifornien, Minnesota, Nebraska und Idaho haben Gesetze verabschiedet, die die Bedeutung von Behinderungen bei der Entscheidungsfindung einschränken und die Beweislast auf den Elternteil verlagern, der das Thema Behinderung in Sorgerechtsfällen zur Sprache bringt.

IM FOKUS: KANEY O'NEILL

Als Kaney O'Neill im Alter von 21 Jahren eine Rückenmarksverletzung zwischen den Halswirbeln C5 und C6 erlitt, befürchtete sie vor allem, dass sie keine Familie gründen könnte.

„Mein erster Gedanke war nicht: ‚Werde ich jemals wieder laufen können?‘“, sagt sie. „Er war: ‚Werde ich Mutter werden können?‘“

Ein Jahrzehnt später stellte sie fest, dass sie schwanger war. Begeistert begann sie sofort mit der Ergotherapie, um zu üben, wie sie eine Flasche halten, eine Windel wechseln und das Baby beim Bäuerchen machen unterstützen kann. Sie trainierte, um ihren Bizeps zu stärken, und legte sich adaptive Ausrüstung zu, darunter drei Arten von Babytragen und ein höhenverstellbares Kinderbett.

„Ich hatte mich noch nie besser gefühlt“, sagt sie. „Ich war bereit, mich der Herausforderung zu stellen und die beste Mutter zu sein, die ich sein konnte.“

Doch zehn Wochen nach der Geburt ihres Sohnes Aiden beantragte O'Neills ehemaliger Freund das alleinige Sorgerecht und behauptete, sie sei „nicht geeignet und nicht in der Lage“, sich um ihren Sohn zu kümmern, und ihre Behinderung „schränke ihre Fähigkeit, sich um den Minderjährigen zu kümmern oder sogar aufzuwachen, wenn der Minderjährige in Not ist, erheblich ein“.

Der darauf folgende Sorgerechtsstreit rückte O'Neills Erziehungsfähigkeit ins Rampenlicht. Von Gericht bestellte Anwälte befragten sie und beobachteten sie mit dem Baby. O'Neill dokumentierte ihren Alltag, hielt Ausflüge in die Bibliothek und zum Musikunterricht fest und nahm Videos von sich selbst auf, wie sie adaptive Geräte benutzte. Für andere Eltern wären diese Bemühungen vielleicht nur ein Tagebuch gewesen, für O'Neill waren sie eine Versicherungspolice.

Nach fast zwei Jahren einigten sich beide Parteien darauf, dass Aidens Vater ein Umgangsrecht erhält und O'Neill das Sorgerecht. Zu diesem

Zeitpunkt hatte Aiden gelernt, zu laufen, indem er sich an O'Neills Füßen festhielt, während sie mit dem Rollstuhl rückwärts fuhr.

O'Neill schätzt sich glücklich. Laut „Rocking the Cradle“ verlieren Eltern mit Behinderungen nach einer Scheidung häufiger das Sorgerecht für ihre Kinder. Aiden, jetzt 15, wurde nie aus ihrer Obhut genommen. Aber sie beschreibt den Sorgerechtsstreit als schlimmer als die Genesung von ihrer Verletzung.

„Ich lebte in ständiger Angst, Sorge und Anspannung – in einer Zeit, in der ich eigentlich meinen Weg als Mutter hätte finden und voller Freude sein sollen“, sagt sie. „Ich fühlte mich beraubt.“

Heutzutage schauen O'Neill und Aiden gerne Filme – er mag Actionfilme, sie bevorzugt Filme mit christlichen Themen oder solche, in denen Hunde vorkommen – und gehen in Chicago auf Schallplattensuche. Sie ist dankbar für ihr gemeinsames Leben.

„Es ist so einfach, jemanden anzusehen und nach Unterschieden zu suchen, anstatt nach Gemeinsamkeiten und dem, was uns zu Menschen macht“, sagt sie.

ADOPTION UND PFLEGEKINDERWESEN

Die zum Schutz vor Diskriminierung formulierten Bestimmungen des ADA und des Rehabilitation Act gelten für die Unterbringung in Pflegefamilien und Inlandsadoptionen, einschließlich solcher, die von öffentlichen und privaten Adoptionsagenturen betreut werden. Private Adoptionsagenturen in den USA, die internationale Adoptionen vermitteln, unterliegen ebenfalls dem ADA.

Diese Einrichtungen müssen potenziellen Adoptiveltern physische und programmatische Barrierefreiheit sowie angemessene Vorkehrungen bieten, beispielsweise indem sie Elternkompetenzkurse an barrierefreien Orten anbieten. Hausbesuche und Eignungsprüfungen – sei es für die Unterbringung von Pflegekindern oder für nationale wie internationale Adoptionen – müssen individuell erfolgen und dürfen nicht von Stereotypen über Behinderungen geprägt sein.

Gemäß Titel III des ADA dürfen Adoptionsagenturen keine „Standards, Kriterien oder Methoden anwenden, die eine Diskriminierung aufgrund einer Behinderung zur Folge haben“, und keine Zulassungskriterien zugrunde legen, die „Personen mit einer Behinderung ausschließen,



es sei denn, die Kriterien sind nachweislich für die Erbringung der Dienstleistungen erforderlich“.

Mit anderen Worten: Es ist für Adoptionsagenturen unzulässig, eine Vermittlung aufgrund einer Behinderung abzulehnen. Die Tatsache, dass eine Person mit spinaler Muskelatrophie oder einer Rückenmarksverletzung lebt, hindert sie nicht daran, ein Kind sicher und angemessen zu versorgen.

STAATLICHES RECHT – AUSSICHTSREICHE PRAKTIKEN

Im ganzen Land setzen sich Interessenvertreter und Gesetzgeber dafür ein, den Schutz für Eltern mit Behinderungen zu verbessern und zu stärken. Das **National Research Center for Parents with Disabilities** verfolgt ehemalige und aktuelle Gesetzesinitiativen, die darauf abzielen, diskriminierende Praktiken zu verbieten. Informationen zu Ihrem Bundesstaat finden Sie auf der Website unter <https://heller.brandeis.edu/parents-with-disabilities/map/index.html>.

Die folgende Liste enthält einige Beispiele für jüngste Erfolge und vielversprechende Initiativen.

Kentucky: Der 2024 eingebrachte Gesetzentwurf **House Bill 183** würde die allein auf einer Behinderung beruhende Aufhebung der elterlichen Rechte verbieten und sicherstellen, dass die Behinderung eines Elternteils nicht als Grund für die Ablehnung einer Adoption herangezogen werden kann. Im Falle einer Verabschiedung würde das Gesetz auch vorschreiben, dass das Kinderschutzsystem auf die Behinderung der Eltern zugeschnittene Vorkehrungen vorsieht, wobei diese Bemühungen in Gerichts- und Fallfortschrittsberichten dokumentiert werden müssen.

Nebraska: Im Jahr 2018 wurde ein staatliches Gesetz verabschiedet, das Sorgerechtspräferenzen aufgrund einer Behinderung verbietet. Das Gesetz sieht vor, dass die Beweislast bei der Partei liegt, die behauptet, dass die andere Partei aufgrund einer Behinderung nicht oder nur eingeschränkt in der Lage ist, ihre elterlichen Pflichten wirksam wahrzunehmen.

Nevada: Im Jahr 2019 verabschiedete die Legislative ein Gesetz, das es verbietet, Anträge auf Sorgerecht, Umgangsrecht oder Adoption abzulehnen, wenn der einzige Grund für die Ablehnung eine Seh-, Hör- oder Körperbehinderung eines Elternteils ist. Darüber hinaus ist auch die Einbeziehung des Kinderschutzsystems untersagt, sofern sie allein aufgrund einer Behinderung der Eltern beruht.



Oregon: Im Jahr 2019 wurde ein staatliches Gesetz verabschiedet, das vorschreibt, dass Eltern mit Behinderungen Anpassungen und Wiederzusammenführungsdienste angeboten werden müssen.

Vermont: Der 2024 eingebrachte Gesetzentwurf **House Bill 600** liegt derzeit der Generalversammlung zur Entscheidung vor. Im Falle einer Verabschiedung würde dieser Gesetzentwurf

die Verwendung einer Behinderung als Grund für die Einschränkung der Rechte zukünftiger und derzeitiger Eltern, Pflegeeltern und Erziehungsberechtigter verbieten, sofern nicht nachgewiesen wird, dass ihre Behinderung dem Wohl des Kindes schadet. Das Gesetz würde außerdem eine schriftliche Entscheidung des Gerichts verlangen, in der dargelegt wird, inwiefern die Behinderung eines Elternteils seine Fähigkeit, für das Kind zu sorgen, beeinträchtigt und weshalb unterstützende Elternberatungsdienste keine angemessene Maßnahme darstellen.

RECHTLICHE RESSOURCEN

Rechtliche Ressourcen stehen sowohl Eltern als auch werdenden Eltern zur Verfügung, die aufgrund ihrer Behinderung diskriminiert werden.

Eltern, die mit Kinderschutzdiensten in Kontakt kommen, sollten Sozialarbeiter und andere Mitarbeiter unverzüglich über ihre Behinderung informieren, alle notwendigen Vorkehrungen für den Zugang zu Dienstleistungen und Verfahren beantragen und sicherstellen, dass die Elternbeurteilungen ADA-konform sind. Die staatlichen Gerichte verfügen über einen Koordinator, der für die Umsetzung der Vorgaben aus Titel II der ADA zuständig ist und Unterstützung leisten kann. Beispiele für erforderliche Vorkehrungen sind die Planung von Elternkursen in barrierefreien Unterrichtsräumen,



die Organisation von Behindertentransporten, um Familien die Teilnahme an Gesprächsterminen zu ermöglichen, und die Zulassung von Assistenztieren in Gebäuden, in denen Haustiere normalerweise nicht erlaubt sind. Stellen Sie Ihre Anträge nach Möglichkeit schriftlich, um nachweisen zu können, dass die Behörde über die Behinderung informiert und darauf hingewiesen wurde, dass sie zur Einhaltung der ADA-Richtlinien verpflichtet ist.

Wenden Sie sich bei Sorgerechtsfragen im Zusammenhang mit Scheidungsverfahren an einen Anwalt. In den meisten Bundesstaaten haben Eltern, die an einem Kinderschutzverfahren beteiligt sind, Anspruch auf einen vom Gericht bestellten Anwalt. Unabhängig von den Umständen sollten Sie einen Anwalt wählen, der sich sowohl mit Behindertenrecht als auch mit Familienrecht auskennt oder Erfahrung in beiden Bereichen hat. Für die meisten Verfahren, in denen es um Kinderschutz und Sorgerecht geht, sind Elternbeurteilungen von entscheidender Bedeutung. Ihr Anwalt sollte sicherstellen, dass jede Beurteilung Ihrer Eignung als Elternteil von einer Fachkraft durchgeführt wird, die Erfahrung mit Behinderungen hat.

In jedem Bundesstaat und Territorium gibt es eine vom Bund benannte Schutz- und Interessenvertretungsbehörde (Protection and Advocacy Agency), die Menschen mit Behinderungen Rechtsbeistand leistet. Besuchen Sie die Website des **National Disability Rights Network** unter [NDRN.org](https://nadrn.org), um eine Organisation in Ihrer Nähe zu finden und sich über weitere verfügbare Ressourcen zu informieren. Wenn Ihre örtliche Schutz- und Interessenvertretungsbehörde Ihren Fall nicht übernehmen kann, bitten Sie um eine Überweisung an andere Rechtsberatungsstellen. Behindertenorganisationen können möglicherweise ebenfalls helfen. **Through the Looking Glass** - ein national anerkannter Vorreiter im Bereich Elternschaft mit Behinderungen - betreibt ein Rechtsprogramm, das vertretungsbedürftigen Eltern Empfehlungen, Schulungen und Unterstützung bietet. Weitere Informationen finden Sie auf der Website unter <https://lookingglass.org>.

Darüber hinaus gibt es in jedem Bundesstaat Rechtshilfedienste für Personen, die in Haushalten mit einem Jahreseinkommen von maximal 125 % der bundesweiten Armutsgrenze leben. Auf der Website von Law Help unter <https://www.lawhelp.org> finden Sie Ihre örtliche Geschäftsstelle und weitere Ressourcen. Rechtsfakultäten im ganzen Land unterstützen auch kostenlose Rechtsberatungsstellen, die möglicherweise helfen können. Besuchen Sie die Website der **American Bar Association** unter <https://www.americanbar.org/groups/center-pro-bono/resources/>

[directory_of_law_school_public_interest_pro_bono_programs/schools_by_state](#), um eine Rechtsberatungsstelle in Ihrem Bundesstaat zu finden.

Achten Sie darauf, dass Ihr Anwalt mit „Rocking the Cradle“ vertraut ist, dem Bericht des NCD über die elterlichen Rechte von Menschen mit Behinderungen. Der Bericht ist kostenlos auf der NCD-Website unter <https://www.ncd.gov/report/rocking-the-cradle-ensuring-the-rights-of-parents-with-disabilities-and-their-children> verfügbar.

Dieses Toolkit der Reeve Foundation zu Elternrechten bietet auch Rechtsanwältinnen und Fachkräften im Kinderschutz einen hilfreichen Überblick über das Behindertenrecht. Nehmen Sie eine Kopie zu allen rechtlichen Sitzungen und Kinderschutzverfahren mit, um sich auf Ihre Rechte gemäß Bundesgesetz zu berufen.

Wenn Sie der Meinung sind, dass Ihre Bürgerrechte auf Landes- oder Bundesebene verletzt wurden, können Sie auch eine Beschwerde auf der Website des Department of Justice unter <https://www.ada.gov/file-a-complaint> einreichen.

AUFBAU VON GEMEINSCHAFTLICHEN UNTERSTÜTZUNGSNETZWERKEN

Der Kontakt zu anderen Eltern mit Behinderungen ist oft die wertvollste Ressource für Familien. Menschen aus der Gemeinschaft, die selbst Erfahrungen in der Kindererziehung gesammelt haben, können hilfreiche Tipps, Ratschläge und ein besonderes Verständnis für das Leben mit Behinderungen weitergeben, was bei Problemen mit medizinischen Einrichtungen, Kinderschutzdiensten oder Gerichten sehr nützlich sein kann. Solche Netzwerke können auch dazu beitragen, die Breite des für Familien verfügbaren Unterstützungssystems aufzuzeigen und die Ängste vor solchen Institutionen zu zerstreuen.

Ein ausgezeichnete Ort, um eine Gemeinschaft zu finden, ist das Disabled Parenting Project (DPP), ein Online-Treffpunkt für Eltern und werdende Eltern mit Behinderungen. Als Teil des National Research Center for Parents with Disabilities bietet das DPP nicht nur den Kontakt zu anderen Eltern, sondern auch Zugang zu einer Vielzahl von Ressourcen wie Informationsblättern, Podcasts und Webinaren. Mehr erfahren Sie unter <https://disabledparenting.com>.

Nationale Behindertenorganisationen können Eltern auch dabei helfen, Kontakte zu anderen Eltern mit ähnlichen Erfahrungen herzustellen.

Beispielsweise können sich Eltern, die an MS leiden, an die National Multiple Sclerosis Society wenden. Weitere Informationen zur Online-Vernetzung oder zu lokalen Ortsverbänden finden Sie auf der Website unter <https://www.nationalmssociety.org/resources/get-connected>.

Erwägen Sie auch, sich bei Ihrem örtlichen Center for Independent Living zu engagieren, einem staatlich finanzierten Programm, das Dienstleistungen und Unterstützung für Menschen mit Behinderungen anbietet. Standorte in Ihrer Nähe finden Sie unter <https://www.ilru.org/projects/cil-net/cil-center-and-association-directory>.

Das Paralysis Resource Center der Reeve Foundation kann Eltern und werdende Eltern mit Mentoren zusammenbringen, die ähnliche Behinderungen haben. Emotionale Unterstützung ist für alle, die gerade Eltern geworden sind, von entscheidender Bedeutung. Die Begegnung mit anderen Eltern mit Behinderungen kann helfen, Zweifel zu überwinden, das Selbstvertrauen stärken und zeigen, was möglich ist. Um einen Peer-Mentor anzufordern, besuchen Sie die Website der Stiftung unter www.ChristopherReeve.org oder rufen Sie die Nummer 1-800-539-7309 an.

AKTIV WERDEN – SO KÖNNEN SIE SICH FÜR VERÄNDERUNGEN IN IHREM BUNDESSTAAT EINSETZEN

Es gibt viele Möglichkeiten, nicht nur das Bewusstsein für die Diskriminierung von Eltern mit Behinderungen zu schärfen, sondern auch auf legislative und politische Lösungen hinarbeiten.

In vielen Bundesstaaten wird die Elternschaft mit einer Behinderung immer noch durch veraltete Gesetze geregelt. Der National Council on Independent Living setzt sich über das nationale Netzwerk der Centers for Independent Living und der Statewide Independent Living Councils auf staatlicher Ebene dafür ein, dass diese Gesetze aktualisiert werden, um die Bürgerrechte von Eltern mit Behinderungen anzuerkennen. Um mitzumachen, wenden Sie sich an Ihr örtliches Zentrum oder besuchen Sie <https://ncil.org>.

Erwägen Sie, dem Regional Champions Program der Christopher & Dana Reeve Foundation beizutreten. Diese ehrenamtlichen Helfer bauen Beziehungen zu ihren Bundesvertretern auf und klären sie über Regelungen auf, die das Leben von Menschen mit Lähmungen



verbessern. Weitere Informationen zum Programm finden Sie auf unserer Website unter <https://www.ChristopherReeve.org/get-involved/advocate-for-change/regional-champions-program>.

Als abschließender Tipp – schauen Sie sich in Ihrer Gemeinde um: Wie kann sie die Unterstützung für Menschen mit Behinderungen und ihre Familien verbessern? Bietet das Department of Arts and Cultural Services Programme an barrierefreien Orten an? Bietet das Department of Public Recreation barrierefreie Wege entlang der Sportplätze an, damit Eltern im Rollstuhl die Spiele ihrer Kinder verfolgen können? Oftmals werden die logistischen Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen übersehen. Treten Sie Ihren lokalen Ausschüssen bei und nehmen Sie an Bürgerversammlungen teil, um sich für eine integrativere Gemeinschaft einzusetzen.

Quellen: Americans with Disabilities Act, Abschnitt 504 des Rehabilitation Act, vom National Council on Disability herausgegebener Bericht „Rocking the Cradle“: Ensuring the Rights of Parents with Disabilities and Their Children, National Research Center for Parents with Disabilities an der Brandeis University, ADA National Network, Department of Justice, Department of Health and Human Services, Indian Child Welfare Act, Bundesregister.

RESSOURCEN UND DANKSAGUNGEN

Wir möchten die wichtige Arbeit des National Council on Disability würdigen: „*Rocking the Cradle: Ensuring the Rights of Parents with Disabilities and Their Children*“ hat die Diskriminierung von Eltern mit Behinderungen aufgezeigt und zu Gesetzesreformen beigetragen, die auch heute noch im Gange sind.

Zusätzliche Ressourcen:

American with Disabilities Act

<https://www.ada.gov/topics/intro-to-ada>

ADA National Network: Kostenlose, informelle Beratung zum ADA und anderen Gesetzen im Zusammenhang mit Behinderungen

<https://adata.org> oder 1 800-949-4232

Centers for Independent Living: Durchsuchbares Verzeichnis

<https://www.ilru.org/projects/cil-net/cil-center-and-association-directory>

Disabled Parenting Project

<https://disabledparenting.com>

Indian Child Welfare Act

<https://www.childwelfare.gov/topics/tribal-child-welfare/indian-child-welfare-act/?top=1390>

National Council on Disability: „Rocking the Cradle“

<https://www.ncd.gov/assets/uploads/reports/2012/ncd-rocking-the-cradle.pdf>

National Disability Rights Network: Schutz- und Interessenvertretungsbehörden

<https://www.ndrn.org/about/ndrn-member-agencies/>

National Indian Child Welfare Association: So finden Sie einen kostengünstigen Rechtsbeistand

<https://www.nicwa.org/wp-content/uploads/2020/10/How-to-Find-Free-and-Low-Cost-Legal-Assistance.pdf>

National Indian Child Welfare Association: Ressourcen

<https://www.nicwa.org/child-welfare-resources>

National Research Center for Parents with Disabilities

<https://heller.brandeis.edu/parents-with-disabilities/index.html>

National Research Center for Parents with Disabilities: Übersicht der aktuellen Gesetzgebung zur Unterstützung von Eltern

<https://heller.brandeis.edu/parents-with-disabilities/map/index.html>

Native American Disability Law Center

<https://www.nativedisabilitylaw.org> oder telefonisch unter
1-800-862-7271

Through the Looking Glass

<https://lookingglass.org>

Bitte besuchen Sie die Christopher und Dana Reeve Foundation unter www.ChristopherReeve.org um weitere Ressourcen und Informationen zu erhalten, darunter die Möglichkeit, mit Mentoren in Kontakt zu treten und kostenlose Broschüren zu Themen wie Schwangerschaft und Elternschaft, Beschäftigung und Notfallvorsorge zu erhalten.



Wir sind hier, um zu helfen.

Erfahren Sie noch heute mehr!

Christopher & Dana Reeve Foundation

636 Morris Turnpike, Suite 3A

Short Hills, NJ 07078

1-800-539-7309 (gebührenfrei)

1-973-379-2690 (Telefon)

ChristopherReeve.org

Diese Publikation wird von der Administration for Community Living (ACL), U.S. Department of Health and Human Services (HHS) im Rahmen einer finanziellen Förderung in Höhe von insgesamt 10.000.000 USD unterstützt und zu 100 Prozent von ACL/HHS finanziert. Der Inhalt stammt vom Autor und spiegelt nicht notwendigerweise die offiziellen Ansichten von ACL/HHS oder der US-Regierung wider und wird auch nicht von diesen empfohlen.